

ARBEITGEBER BUNDESWEHR IM VISIER

SONDERAUSGABE

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

GUT GERÜSTET FÜR DIE
ZUKUNFT

GUT GERÜSTET FÜR DIE ZUKUNFT

Wo steht die Bundeswehr heute? Veränderung und Anpassung an die aktuellen Herausforderungen sind keine Frage des *Ob*, sondern des *Wie*. Heute steht eine in ihren Umfängen reduzierte Bundeswehr einer nie da gewesenen Parallelität und Vielfalt von Krisen und Konflikten gegenüber. Nach Zeiten des Schrumpfens muss die Truppe dringend gestärkt werden, um dieser Herausforderung gerecht werden zu können.

Es sind weitreichende Trendwenden in den zentralen Bereichen Personal, Material und Finanzen angestoßen. Vieles ist geschafft, Einiges auf den Weg gebracht.

Diese Sonderausgabe der „Im Visier“ bietet einen Überblick über die Modernisierungsstrategie und deren Umsetzung. Beleuchtet werden die vielfältigen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die mehr Verantwortungsübernahme durch die Bundeswehr erfordern. Nur ein attraktives Profil als Arbeitgeber macht es möglich, für diese Aufgaben die besten Köpfe und Talente zu gewinnen. Eine nachhaltige Finanzierung und eine stets moderne Ausrüstung schaffen neue Möglichkeiten.

Die Menschen in der Bundeswehr leisten jeden Tag Außergewöhnliches. Die Bundeswehr ist gefordert wie selten zuvor. Mit der Agenda der vergangenen Jahre ist sie für die Zukunft gut gerüstet, die Weichen für eine moderne und zukunftsfähige Bundeswehr sind gestellt.

INHALT

- 03 — BUNDESWEHR IM AUFBRUCH UND IM AUFBAU**
Personal und Material für die Zukunft
 - 05 — NEUE HERAUSFORDERUNGEN**
Antworten auf eine veränderte Sicherheitslage
 - 08 — NEUE VERANTWORTUNG**
Bundeswehreinsätze im In- und Ausland
 - 14 — DIE BUNDESWEHR DARF WIEDER WACHSEN**
Im Gespräch mit Ursula von der Leyen
 - 16 — NEUES ARBEITGEBERPROFIL**
Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber
 - 22 — NEUE TALENTE**
Personal gewinnen – Personal binden
 - 28 — NEUE MÖGLICHKEITEN**
Mehr Geld für wachsende Anforderungen
-

BUNDESWEHR IM AUFBRUCH UND AUFBAU

Deutschland steht vor vielfältigen sicherheitspolitischen Herausforderungen – und die Bundeswehr am wichtigsten Wendepunkt seit Aussetzung der Wehrpflicht.

Transnationaler Terrorismus, zwischenstaatliche Konflikte, fragile Staatlichkeit, Klimawandel, humanitäre Katastrophen sowie unkontrollierte und irreguläre Migration stellen unmittelbare und mittelbare Bedrohungen für Deutschland dar. Insgesamt ist das Gefährdungsspektrum für Sicherheit und Frieden breiter und unberechenbarer geworden. Für die Bundeswehr als wichtiges Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sind daraus vielfältige neue Aufgaben entstanden, die sie gemeinsam mit den Bündnispartnern bewältigt. Der Anspruch ist hoch – und nur moderne und leistungsfähige Streitkräfte können ihm dauerhaft gerecht werden.

Eine grundlegende Änderung des Kurses der Bundeswehr ist zwingend erforderlich, um Leerstellen beim Personal sowie Mängel bei der militärischen Ausrüstung und der finanziellen Ausstattung nachhaltig zu beseitigen. Das Verteidigungsministerium hat die Verantwortung erkannt und einen Struktur- und Kulturwandel angestoßen. In der laufenden Legislaturperiode, insbesondere im vergangenen Jahr, wurden viele Weichen neu gestellt. Der Personalabbau wurde beendet, ein steigender Haushalt erlaubt wieder Investitionen in Material und den Ausbau neuer Fähigkeiten in der gesamten Bundeswehr, wie zum Beispiel im Zuge der Aufstellung des neuen Organisationsbereichs „Cyber- und Informationsraum“.

PERSONELLE EINSATZBEREITSCHAFT SICHERN

Die einfache Formel für die „Trendwende Personal“ lautet:

Für zunehmende und fordernde Aufgaben muss die Bundeswehr wieder wachsen können.

Das Personalboard des Verteidigungsministeriums ermittelt jährlich aufs Neue den Personalbedarf über einen Zeithorizont von sieben Jahren. Nach aktuellen Planungen soll die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Beschäftigten bis zum Jahr 2024 um mehr als 18.000 Personen zunehmen. Qualifizierten Nachwuchs für die Bundeswehr zu gewinnen, ist und bleibt dabei eine der zentralen strategischen Herausforderungen. Dazu muss der Dienst in der Bundeswehr attraktiver werden. Eine Verbesserung der Vergütung, vor allem aber substantielle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, neue Karrierepfade, mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Chancengerechtigkeit sind die Schlagworte. Die Agenda Attraktivität geht die Probleme aktiv an. Den Rahmen für langfristigen Personalaufbau und Qualifikation bildet die neue Personalstrategie, die alle Initiativen und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung bündelt. Die Strategie dient dazu, die Truppe dauerhaft schlagkräftig zu halten.

Die Bundeswehr bietet im Vergleich zu anderen Arbeitgebern Besonderes:

Der Dienst bei der Bundeswehr, egal ob in Uniform oder in Zivil, ist in besonderem Maße sinnstiftend und qualifizierend. Die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden besonders gefordert und deshalb entsprechend gefördert und ausgebildet.

Und die Botschaft lautet auch: Die Bundeswehr ist offener geworden. Für Bewerberinnen und Bewerber aller Schulabschlüsse und Berufe, für neue Zielgruppen, für die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft. Damit findet sie heute zunehmend Anerkennung und festigt ihre Verankerung in der Gesellschaft.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Flankierend zum Personalaufbau ermöglichen die Trendwenden „Finanzen“ und „Material“, den Anforderungen von heute und morgen gerecht zu werden. Denn sie sind unmittelbar miteinander verknüpft: Ohne ausreichende Finanzausstattung kann weder in Personal noch in Ausrüstung investiert werden. Und ohne qualifiziertes Personal kann moderne Technik nicht zum Einsatz kommen.

Der Verteidigungsetat leistete über Jahre seinen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes: Einsparungen waren das Ziel. Der im Hinblick auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen notwendige Umschwung gelang. In diesem Jahr wuchs der Verteidigungsetat auf rund 37 Milliarden Euro an. Nach dem aktuellen Eckwertebeschluss soll der Etat bis 2021 weiter auf rund 42 Milliarden Euro steigen. Damit ist die Grundlage geschaffen, wieder systematisch in Erhalt und Ausbau der Fähigkeiten zu investieren. Die Entwicklung und Beschaffung komplexer Rüstungsgüter erfordert langfristige Planung. Nur mit einer planerischen Bereitstellung der Gelder über den gesamten Prozess bis zum erwarteten Lieferjahr können große Aufträge vergeben werden. Auch hier ist die Trendwende eingeleitet. Der Beschaffungssstau löst sich nach und nach auf, der Gestaltungsspielraum wächst.





NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Transnationaler Terrorismus, zwischenstaatliche Konflikte, fragile Staatlichkeit, Klimawandel, humanitäre Katastrophen sowie unkontrollierte und irreguläre Migration: Das Gefährdungsspektrum für Frieden und Sicherheit ist heute vielfältiger und unberechenbarer denn je. Neben konventionelle Bedrohungen treten neue Herausforderungen wie hybride Kriegführung und Angriffe im Cyberraum. Dies bedeutet: Die Anforderungen an das außen- und sicherheitspolitische Handeln Deutschlands haben sich grundlegend gewandelt. Auch die Bundeswehr muss Antworten auf neue Herausforderungen bieten.

TRANSNATIONALER TERRORISMUS

Die Herausforderung durch den transnationalen Terrorismus besteht weltweit und nimmt in der Tendenz zu. Transnational operierende Terrororganisationen und -netzwerke profitieren von Staatszerfallsprozessen, die ihnen Rückzugs- oder Herrschaftsräume verschaffen. Neben al-Qaida und seinen Regionalorganisationen hat sich in Teilen des Nahen Ostens die Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staats (IS) mit staatsähnlichen Strukturen festgesetzt. Der IS zielt bis heute auf die Verbreitung seiner Ideologie im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Auch in Nordafrika ist der IS aktiv, um sein archaisch-intolerantes sogenanntes Kalifat zu errichten. Der Terror des IS richtet sich aber gleichermaßen gegen Europa und jede offene, freie und auf Respekt vor Vielfalt gründende Gesellschaft.

Damit ist auch für Deutschland die Gefahr terroristischer Anschläge die unmittelbare Herausforderung für die Sicherheit. Sie zu bekämpfen erfordert eine enge nationale, europäische und transatlantische Zusammenarbeit der Regierungen – und der Streitkräfte.

ZWISCHENSTAATLICHE KONFLIKTE

Über zwei Jahrzehnte war die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung Schwerpunkt-Aufgabe der Bundeswehr. Das Wiedererstarken klassischer Machtpolitik erhöht die Gefahr gewaltsamer zwischenstaatlicher Konflikte – auch in Europa und seiner Nachbarschaft, wie das Beispiel des russischen Vorgehens in der Ukraine zeigt. Damit tritt die Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung wieder stärker in den Vordergrund. Dies erfordert eine umfassende Fähigkeitsanpassung der in den letzten Jahren vor allem auf Auslandseinsätze ausgerichteten Streitkräfte.

BEDROHUNGEN AUS DEM CYBERRAUM

Innere und äußere Sicherheit fallen in wenigen Bereichen so eng zusammen wie im Cyberraum. Vom Hacker- und Virenangriff bis hin zu komplexen, schwer erkennbaren Attacken: Cyberangriffe auf Staaten und kritische Infrastrukturen sind längst keine Fiktion mehr. In den vergangenen Jahren haben Quantität und Qualität der kriminellen, terroristischen, nachrichtendienstlichen und militärischen Bedrohungen im Cyberraum eine neue Dimension erreicht, heißt es im Weißbuch 2016 der Bundeswehr, dem Leitfaden für sicherheitspolitische Entscheidungen der Bundesregierung. Das Spektrum reicht von Datenmissbrauch

und Wirtschaftsspionage über die Schädigung kritischer Infrastrukturen mit schwerwiegenden Folgen für die Zivilbevölkerung bis hin zur Störung der Regierungskommunikation. Auch die Server und digital gesteuerten Waffensysteme der Bundeswehr können zur Zielscheibe werden. Die sichere und gesicherte sowie freie Nutzung des Cyber- und Informationsraums ist elementare Voraussetzung staatlichen und privaten Handelns in der globalisierten Welt. Die Wahrung der Cybersicherheit als Zusammenwirken von Cyberabwehr und -verteidigung ist somit eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der auch die Bundeswehr beteiligt ist. Mit dem Aufbau des neuen Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum (CIR) leistet die Bundeswehr dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

HERAUSFORDERUNGEN AUS DEM CYBER- UND INFORMATIONSRAUM

Alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens können zum Ziel hybrider Angriffe werden: Durch Cyberangriffe und die gezielte Manipulation von Informationen versuchen die Angreifer zum Beispiel, wirtschaftlichen oder finanziellen Druck zu erzeugen oder politisch zu destabilisieren. Ein weiteres Beispiel: Propaganda oder die Verbreitung von Nachrichten unter Vortäuschung eines falschen Absenders sowie Falschmeldungen, die sich über das Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken und Medien, zum Teil viral verbreiten und nicht zuletzt die Einsatzbereitschaft von Polizei und Streitkräften beeinträchtigen können. Sämtliche Fähigkeiten und Operationsräume der Bundeswehr – Land, Luft, See, Weltraum sowie Cyber- und Informationsraum – sind potenziell von hybrider Einflussnahme bedroht. Durch hybride Einflussnahme und Kriegführung werden die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie zwischen Krieg und Frieden verschoben. Absicht ist es, politische Wirkung unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Angriffs zu erzielen und die Geschlossenheit sowie die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit des Gegners zu beeinträchtigen.

FRAGILE STAATLICHKEIT UND SCHLECHTE REGIERUNGSFÜHRUNG

In vielen Teilen der Welt sind Staaten durch Legitimitätsdefizite, schlechte Regierungsführung, schwache



Strukturen, mangelnde Grundversorgung der Bevölkerung, ungleiche Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand oder Korruption gekennzeichnet. Fragile oder im Zerfall befindliche Staaten können den Schutz ihrer inneren und äußeren Sicherheit nur eingeschränkt aufrechterhalten; dies wiederum bietet parastaatlichen und terroristischen Organisationen Rückzugsgebiete, begünstigt organisierte Kriminalität, Menschenhandel oder illegalen Waffenhandel. Fragile Staatlichkeit wird zum Nährboden für krisenhafte Entwicklungen weltweit, wie etwa auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen und Mittleren Osten. Aber auch in der europäischen Nachbarschaft bieten instabile Staatsstrukturen Rückzugsräume, etwa für kriminelle Schleuserstrukturen. Fragile Staatlichkeit ist damit auch ein Risiko für die Sicherheit der Bundesrepublik. Für die Bundeswehr bedeutet es eine steigende Zahl an Einsätzen im NATO-, EU- oder Vereinte-Nationen(VN)-Verbund.

UNKONTROLLIERTE UND IRREGULÄRE MIGRATION

Migration an sich stellt kein Risiko für die Sicherheit in Deutschland dar. Im Gegenteil: Aufgrund ihrer demografischen Entwicklung ist die Bundesrepublik auch auf legale, möglichst qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Das grundgesetzlich garantierte Recht auf Asyl gilt selbstverständlich. Aber unkontrollierte und irreguläre Migration in sehr hoher Zahl birgt Konflikt- und



Gefährdungspotenziale – für jede Gesellschaft. Aufnahme- und Integrationsfähigkeit können überfordert werden, gesellschaftliche Instabilität kann die Folge sein. Durch das Wohlstands- und Sozialgefälle zwischen Europa und seinen Nachbarregionen sowie anhaltende gewaltsame Konflikte in vielen Teilen der Welt werden auch die kommenden Jahrzehnte vom Thema Migration geprägt sein. Die Bundeswehr engagiert sich hier zusammen mit den Bündnispartnern beim Vorgehen gegen Schlepper und bei der Seenotrettung von Flüchtlingen, aber auch bei der Bekämpfung von Fluchtursachen.

PANDEMIE UND SEUCHEN

Das Wachstum der Weltbevölkerung in Verbindung mit zunehmender globaler Mobilität fördert die weltweite Verbreitung von Krankheiten und Seuchen sowie den Ausbruch von Pandemien. Neben den immensen Gesundheitsrisiken vor Ort – mitunter mit schwerwiegenden Folgen für die medizinische Versorgung, aber auch für die Wirtschaft und politische Stabilität der

Länder – können sich Erreger global verbreiten und auch nach Deutschland gelangen und die Bevölkerung gefährden. Jedes Gesundheitssystem kann in solchen Fällen vor große Herausforderungen gestellt werden, die mit erheblichen wirtschaftlichen Folgekosten einhergehen. Unter anderem im Kampf gegen Epidemien und Seuchen leistet auch der hochqualifizierte Sanitätsdienst der Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag, wie beispielsweise bei der Ebola-Hilfe 2014/2015 in Westafrika.

MEHR VERANTWORTUNG

Neue Herausforderungen in Europa und der Welt haben zur Folge, dass Deutschland zunehmend außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen muss. Einen wesentlichen Teil dieses verstärkten Engagements trägt die Bundeswehr bei einer steigenden Zahl an Einsatzverpflichtungen. Sie verfügt über Fähigkeiten, die andere staatliche Organisationen nicht haben – und schafft so für die Bundesregierung neue Handlungsmöglichkeiten.



NEUE VERANTWORTUNG

Die Einsatzrealität der Bundeswehr hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Angesichts einer grundlegend veränderten weltpolitischen Lage muss und wird Deutschland wieder mehr Verantwortung übernehmen. Derzeit leisten rund 3.500 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten auf drei Kontinenten und in zwei Weltmeeren ihren Dienst. Dies macht sie auch zu wichtigen Botschaftern Deutschlands: International genießt die Bundeswehr hohes Ansehen; auch in der Bundesrepublik gibt es neue Aufgaben für die Truppe.

Die Beteiligung am Kampf gegen den IS, die Einsätze zur Friedenssicherung in Mali, die Verlegung von Bundeswehrkräften nach Litauen im Verbund mit anderen Partnern im Rahmen der „enhanced Forward Presence“ (eFP) der NATO, die Flüchtlingshilfe oder die Abwehr von Cyberattacken: Die Beispiele zeigen, wie sich das Aufgabenspektrum der Bundeswehr verändert und vergrößert hat. Angesichts einer grundlegend gewandelten weltpolitischen Lage kommt der Bundeswehr heute eine weitaus wichtigere Rolle zu. Insgesamt

ist die Bundeswehr derzeit mit rund 3.500 Soldatinnen und Soldaten in unterschiedlichen Einsätzen von NATO, EU und Vereinten Nationen dabei.

NEUE WAHRNEHMUNG DER BUNDESWEHR

Die Bundeswehr ist ein verlässlicher Partner und wichtiges Instrument der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik: Durch die Einsätze hat sich das Bild der Truppe in der öffentlichen Wahrnehmung verändert. Mehr als 90 Prozent der Deutschen befürworten die Landesverteidigung als Kernauftrag der Bundeswehr ebenso wie den Hilfseinsatz bei Naturkatastrophen im Inland. Das bestätigte die jährliche Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar EMNID zum Image der Bundeswehr im Dezember 2016; rund 1.500 Bundesbürgerinnen und -bürger wurden für die repräsentative Studie persönlich interviewt. Die Verteidigung des NATO-Bündnisgebietes sowie ein militärisches Engagement unter VN-Mandat wie friedenssichernde Missionen, internationale Kampfeinsätze oder die Durchsetzung internationaler Strafmaßnahmen erreichen Zustimmungsraten von jeweils deutlich über 60 Prozent.

EINSÄTZE UND ENGAGEMENTS IM ÜBERBLICK

KAMPF GEGEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 gehört vor allem der Kampf gegen den transnationalen Terrorismus zu den anhaltenden Herausforderungen, auch für die deutschen Soldatinnen und Soldaten. In Syrien und im Irak beispielsweise unterstützt die Bundeswehr die internationale Koalition im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Seit Januar 2015 beteiligt sich die Bundeswehr im nordirakischen Erbil an einer internationalen Ausbildungsmission für die kurdischen Peschmerga, damit diese im Kampf gegen den Islamischen Staat bestehen können. Bis heute haben über 14.000 Peschmerga, aber auch Kakai und Jesiden diese Ausbildung durchlaufen. Auch in Deutschland hat die Bundeswehr etwa 400 Peschmerga und Soldatinnen und Soldaten der irakischen Regierung ausgebildet. Daneben unterstützt die Bundeswehr die kurdische Regionalregierung im Nordirak und die irakische Zentralregierung auch mit Materiallieferungen. Seit den Terroranschlägen von Paris im November 2015 beteiligt sich die Bundeswehr am Kampf gegen den IS in Syrien und im Irak auch durch Aufklärungsflüge und Luftbetankung alliierter Jets.

In dem auch vom islamistischen Terrorismus bedrohten Mali engagiert sich die Bundeswehr an der europäischen Ausbildungsmission EUTM sowie an der VN-Mission MINUSMA zur Stabilisierung des afrikanischen Staates.

STÄRKERES ENGAGEMENT IN DER NATO

Neben der Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus haben auch Konflikte wie in der Ukraine zu teilweise weitreichenden Anpassungen bei NATO und EU geführt: Der Wesenskern des Bündnisses – die kollektive Verteidigungsfähigkeit – gewinnt wieder an Bedeutung. Um etwa an der NATO-Ostflanke mehr Präsenz zu zeigen, hat die NATO Truppen in die baltischen

Staaten und nach Polen verlegt. Die Bundeswehr hat im Februar dieses Jahres Soldatinnen und Soldaten für ein multinationales Bataillon unter deutscher Führung nach Litauen entsandt.

In der NATO nimmt Deutschland heute vielfach eine führende Rolle ein, beispielsweise als eine Rahmennation im Framework Nations Concept oder bei Einsätzen wie in Afghanistan, bei denen

Deutschland Verantwortung in der Beratungs- und Ausbildungsmission „Mission Resolute Support“ übernommen hat. Beim Aufbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) spielte die Bundeswehr zusammen mit Norwegen und den Niederlanden eine entscheidende Rolle. In ver-

schiedenen Missionen engagiert sich die Bundeswehr, um die Folgen unkontrollierter und irregulärer Migration zu bekämpfen und Flüchtlingen zu helfen. Die Deutsche Marine beteiligt sich zum Beispiel seit 2016 an der Aktivität der NATO in der Ägäis, um den Seeraum zu überwachen und damit Transparenz zu schaffen. Die Mission unterstützt durch ihre Präsenz das Abkommen der Türkei mit der EU. Seit 2015 beteiligt sich die Bundeswehr an der EU-geführten EUNAVFOR MED (Operation SOPHIA) im Mittelmeer; insgesamt haben deutsche Marinesoldatinnen und -soldaten bislang über 20.000 Menschen aus Seenot gerettet. Der Einsatz EUNAVFOR MED richtet sich gegen die kriminellen Netzwerke, die die Not von Menschen ausnutzen, sie ausbeuten, deren Leben riskieren und damit Geld verdienen.

FÜHRENDE ROLLE FÜR DIE SICHERHEIT IN EUROPA

Eine Führungsrolle nimmt Deutschland zunehmend bei der Weiterentwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ein.

MEHR ALS
20.000
MENSCHEN
WURDEN VON DEUTSCHEN EIN-
GESETZT SEIT 2015 IM RAHMEN
DER OPERATION SOPHIA AUS
SEENOT GERETTET.

Die Bundeswehr beteiligt sich aktuell an EU-Einsätzen am Horn von Afrika, in Mali und im Mittelmeer und übernimmt – in regelmäßigem Wechsel mit anderen Mitgliedstaaten – die Führung dieser Einsätze. Damit leistet sie einen Beitrag zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika, zur Zerschlagung von Schleusernetzwerken im Mittelmeer und zur Ausbildung und Beratung von Partnerstreitkräften in Afrika.

PARTNER ERTÜCHTIGEN

Die Bundeswehr ist aber auch Partner für Staaten in fragilen Regionen: Hier lautet das Stichwort Ertüchtigung. Durch die deutsche Unterstützung sollen Streitkräfte, Polizei oder staatliche Organisationen der Länder zu einer eigenen Krisenprävention und -bewältigung sowie zur Friedenskonsolidierung befähigt werden. In Jordanien etwa unterstützt Deutschland die Grenzsicherung durch die Lieferung von Schützenpanzern, in Tunesien bei der Überwachung der tunesisch-libyschen Grenze durch die Beschaffung von elektronischen Überwachungsanlagen und die Lieferung von Pionierfahrzeugen. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt setzt das Verteidigungsministerium die von der Bundesregierung beschlossene Ertüchtigungsinitiative um. Im Jahr 2017 stehen dafür insgesamt 130 Millionen Euro bereit.

HUMANITÄRE EINSÄTZE

Die hochqualifizierten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bewähren sich auch in verschiedenen Einsätzen bei Naturkatastrophen oder Pandemien. Mit ihrem auf akute Nothilfe ausgerichteten Ebola-Einsatz 2014/2015 etwa leistete die Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen die

Epidemie. Durch den Betrieb einer Luftbrücke konnten ca. 800 Tonnen Hilfsgüter in die Krisenregion transportiert werden. Rund 200 Bundeswehrhelferinnen und -helfer behandelten gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz teils hochinfektiöse Patientinnen und Patienten und unterstützten den Aufbau und Betrieb eines Krankenhauses. Für den Fall einer Rückführung von infiziertem Personal stand ein speziell ausgerüstetes Flugzeug bereit.

MIT ÜBER **51.000**
UNTERBRINGUNGS-
MÖGLICHKEITEN
HAT DIE BUNDESWEHR DIE LÄNDER,
KREISE UND GEMEINDEN IM RAHMEN
DER FLÜCHTLINGSHILFE UNTERSTÜTZT. 

AMTSHILFE BEI DER FLÜCHTLINGSKRISE

Im Inland war die Bundeswehr vom Sommer 2015 bis März 2017 in der Flüchtlingshilfe aktiv. In Spitzenzeiten waren bis zu 9.000 Angehörige der Bundeswehr täglich bei Registrierung, Unterbringung und medizinischer Versorgung von Flüchtlingen gebunden. Für über 51.000 Flüchtlinge konnten Unterbringungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Insgesamt leisteten die Angehörigen der Bundeswehr rund 2,6 Millionen Einsatzstunden. Mit dem Ausbildungsprogramm für syrische Flüchtlinge trägt die Bundeswehr zudem zu deren Integration bei.

BUNDESWEHR: INTERNATIONALER PARTNER

Einsätze: vielfältiges und weltweites Engagement

15 EINSATZ-
KONTINGENTE } RUND **3.500** BETEILIGTE
SOLDATINNEN/
SOLDATEN 

Zunehmende Verantwortung: in NATO, EU und Vereinten Nationen



Humanitäre Einsätze: Prävention und Bewältigung von Epidemien

MEHR ALS **2.500** FREIWILLIGEN-
MELDUNGEN
VON
ANGEHÖRIGEN DER BUNDESWEHR

FÜR DEN EINSATZ
ZUR BEKÄMPFUNG DER
EBOLA-SEUCHE IN WEST-
AFRIKA

CA. **800** TONNEN
HILFSGÜTER

WURDEN IN DIE

**KRISEN-
REGION**
TRANSPORTIERT.



Flüchtlingshilfe: verstärkte Inlandshilfe durch die Bundeswehr

IN SPITZENZEITEN WAREN VON 2015 BIS 2017 BIS ZU

9.000 SOLDATINNEN/
SOLDATEN UND
MITARBEITER/-INNEN

IM RAHMEN DER
FLÜCHTLINGSHILFE
GEBUNDEN.

IN DER SPITZE WURDEN

650

ANGEHÖRIGE DES ZENTRALEN
SANITÄTSDIENSTES EINGESETZT.



DABEI WURDEN

209.000

EINSATZSTUNDEN ABSOLVIERT.

IN DER FLÜCHTLINGSHILFE WURDEN DURCH DIE
BUNDESWEHR RUND **2,6 MILLIONEN EINSATZSTUNDEN**
ERBRACHT. →

UNTERSTÜTZUNG BEI DER REGISTRIERUNG VON FLÜCHTLINGEN, BEI DER UNTER-
BRINGUNG UND VERPFLEGUNG VON FLÜCHTLINGEN SOWIE IM BRANDSCHUTZ

AUSBILDUNGSPROGRAMM FÜR SYRISCHE FLÜCHTLINGE

IN KOOPERATION MIT DER BUNDESAGENTUR
FÜR ARBEIT (SEIT 03/2017)

6 STÄDTE
90 TEILNEHMER
**70 AUSBILDER/
ORGANISATOREN**
DER BUNDESWEHR

INHALTE: BASISFERTIGKEITEN
IN TECHNIK, BAU, HANDWERK
UND SANITÄT

15.000 
BETTEN HAT DIE BUNDESWEHR
BEREITGESTELLT.

BEI
4.300
FAHRTEN
WURDEN

1 MIO.
FAST
VERPFLEGUNGSEINHEITEN
WURDEN AUSGEGEBEN.

200.000
FLÜCHTLINGE
TRANSPORTIERT.

DIE BUNDESWEHR DARF WIEDER WACHSEN

IM GESPRÄCH MIT URSULA VON DER LEYEN
BUNDESMINISTERIN DER VERTEIDIGUNG

Das Verteidigungsministerium gilt als Schleudersitz, was war für Sie bisher die größte Herausforderung im Amt?

Ursula von der Leyen: Eindeutig das ungeheure Tempo und die Breite der Aufgabe. Einerseits ist die Bundeswehr mit ihrer Viertelmillion Menschen und ihrem milliardenteuren Gerätepark eine Riesenorganisation. Man muss hart und beharrlich an der Zukunftsfähigkeit arbeiten, Stichwort Personal, Stichwort Rüstung, Stichwort Cyber. Andererseits muss man ständig auf aktuelle Ereignisse wie die Ukraine-Krise, Ebola oder den versuchten Völkermord an den Jesiden reagieren. Und dann kommen noch Fälle hoch, die sich niemand zuvor hat ausmalen können, wie in diesem Frühjahr der Soldat A.

Also „Leben in der Lage“, wie die Soldatinnen und Soldaten sagen?

Ursula von der Leyen: Nicht nur. Wir haben in dieser Legislaturperiode enorm viel Kraft und Anstrengung in die langen Linien investiert.

„Mir ging es darum, die Bundeswehr insgesamt auf ein besseres Fundament zu stellen.

Anfangen beim Weißbuch, das die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen beschreibt, aber

auch die Lösungsansätze. Da geht es beispielsweise um das neue Phänomen hybrider Kriegführung, Cybergefahren, Strategien der vernetzten Sicherheit etwa für Afrika bis hin zu einer Klärung der Frage, ob und wann die Bundeswehr bei einem massiven Terrorakt der Polizei im Inland zu Hilfe kommen darf. Da bewegen wir uns inzwischen auf viel sichererem Grund. Dazu kommen die „Agenda Rüstung“ sowie die Trendwenden „Personal“ und „Finanzen“.

Viele Soldatinnen und Soldaten bemängeln, dass sie im Alltag davon noch nicht viel spüren.

Ursula von der Leyen: Es braucht Zeit, um einen solchen Tanker zu drehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Bundeswehr einen mehr als 25-jährigen Schrumpfprozess hinter sich hat. Immer weniger Soldatinnen und Soldaten, immer mehr Lücken im Material und wenn neue Ausrüstung da war, dann ging die vorrangig an die Kontingente im Auslandseinsatz. So nachvollziehbar das angesichts der akuten Herausforderungen etwa in Afghanistan war: Die Truppe im ganz normalen Grundbetrieb hatte das Nachsehen, musste zu oft den Mangel verwalten. Diesen Fokus haben wir geändert.

Nämlich wie?

Ursula von der Leyen: Ich setze mich dafür ein, dass alle Truppenteile wieder eine Ausstattung bekommen, die ihren Aufgaben entspricht. Das gilt fürs Material ebenso

wie fürs Personal. Schließlich wachsen die Aufgaben seit einigen Jahren kontinuierlich. Mittlerweile sind alle Teilstreitkräfte gleichermaßen in Einsätzen gefordert: bei der Piratenbekämpfung und Flüchtlingsrettung im Mittelmeer, bei der Luftaufklärung und -betankung über Syrien und dem Irak, bei den Stabilisierungseinsätzen in Afghanistan und Mali. Dazu kommen eine viel stärkere Gewichtung der Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO, aber auch der Aufbau gemeinsamer europäischer Fähigkeiten unter dem Dach der EU. All das kostet Geld und ist auch an vielen Stellen mit mehr Personal verbunden. Die Bundeswehr muss mehr leisten, darf aber auch wieder wachsen.

In der Bevölkerung sehen es manche kritisch, dass die Bundeswehr mehr Geld bekommen soll ...

Ursula von der Leyen: Ich habe im Gegenteil den Eindruck, dass die Menschen neu wahrnehmen, was die Bundeswehr leistet. Russland stellt Grenzen in Europa infrage, der grausame IS ist noch lange nicht besiegt, die Truppe hat in der Flüchtlingshilfe durch ihr beherztes Anpacken viele Sympathien gewonnen. Mehr Investitionen in Personal und Material sind bitter notwendig. Meine Haltung ist: Wenn das Parlament seine Armee in Einsätze wie etwa die VN-Friedensmission in Mali schickt, dann müssen die Soldatinnen und Soldaten bestens dafür ausgerüstet sein. Wir haben viel Transparenz und moderne Managementmethoden ins Rüstungswesen gebracht. Es hat sich etwas geändert.

Was steht denn alles auf dem Wunschzettel?

Ursula von der Leyen: Zum einen müssen wir beträchtliche Summen investieren, um unser teils jahrzehntealtes Gerät zu ersetzen und hohle Strukturen aufzufüllen. Da spreche ich etwa von Funktechnik, neuen Schiffen für die Marine, dringend gebrauchten Transporthubschraubern und -flugzeugen, aber auch von persönlichen Ausrüstungsteilen für unsere Soldatinnen und Soldaten. Klingt banal, kostet aber Milliardensummen, weil der Nachholbedarf so groß ist. Ich habe bereits im vergangenen Jahr dem Parlament einen detailliert durchgerechneten Investitionsplan von 130 Milliarden Euro vorgelegt. Zum anderen müssen wir uns für die Zukunft wappnen und unsere gesamte IT-Infrastruktur auf einen modernen Stand bringen. Das gebietet schon der Schutz vor Cyberangriffen, die eine enorme Bedrohung für unser hochentwickeltes Land darstellen.

” **Der neu aufgestellte militärische Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum wird auch nur so schlagkräftig sein, wie es uns gelingt, die besten IT-Talente zu gewinnen und an die Bundeswehr zu binden.**

Dafür kooperieren wir mit der Wirtschaft und richten eigene Cyberstudiengänge an unserer Universität in München ein. Das ist ein echtes Aufbauwerk, das Geduld, aber auch beharrliches Dranbleiben erfordert.

Das klingt, als hätten Sie noch viel vor.

Ursula von der Leyen: So ist es. Wir haben zwar in den vergangenen drei Jahren auf vielen Feldern, von der Reform des Rüstungswesens über eine moderne Personalorganisation bis zu einer nachhaltigen Finanzierung, entscheidende Weichen gestellt. Jetzt müssen wir aber auch noch standfest Kurs halten, bis die Truppe in der ganzen Breite davon profitiert.

**GEGEN VIRTUELLEN
TERROR HILFT KEIN
DISLIKE-BUTTON.**

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.



NEUES ARBEITGEBER- PROFIL

Eine attraktive Bezahlung, ein modernes Arbeitsumfeld und Familienfreundlichkeit sind Kriterien, die für junge Menschen bei der Berufswahl eine wichtige Rolle spielen. Dies hat die Bundeswehr erkannt und eine bislang einmalige Attraktivitätsoffensive initiiert – drei Jahre nach dem Start zieht sie eine positive Bilanz.

DIE AGENDA ATTRAKTIVITÄT ZEIGT WIRKUNG

Die Bundeswehrumfrage aus dem Sommer 2016 zur Evaluierung der Attraktivitätsoffensive zeigt, dass die Bundeswehr mittlerweile von einer Mehrheit der Angehörigen der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird. Die Maßnahmenpakete der Agenda und das dazugehörige Artikelgesetz entfalten die beabsichtigte Wirkung und tragen zur Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr bei. Im Vergleich zur Umfrage 2013 ist der Wert um 20 Prozentpunkte auf 59 Prozent gestiegen.

BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Die Personalstrategie unterstreicht unter anderem die Absicht der Bundeswehr, sich dauerhaft als qualifizierender Arbeitgeber zu positionieren. Das Bildungs- und Qualifizierungsportfolio ist an diesen künftigen Anforderungen auszurichten. In der Agenda Attraktivität wurden im Vorfeld der strategischen Ausrichtung einzelne Maßnahmen für die Statusgruppen Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigte entwickelt, die dazu beitragen, den wahrnehmbaren Mehrwert an Bildung für die Angehörigen des Geschäftsbereichs zu steigern.

HÄUFIGE VERSETZUNGEN REDUZIEREN – KARRIEREPLANUNG VERBESSERN

Um mehr Planungssicherheit für ihr militärisches und ziviles Personal zu schaffen, geht die Bundeswehr mit der Agenda Attraktivität das Thema Versetzungen offensiv an: Sie sollen deutlich reduziert und planbarer gestaltet werden. Dazu gibt es seit April 2017 nur noch zwei feste Versetzungstermine pro Jahr. Zudem wurde die Schutzfrist bei Versetzungen von drei auf sechs Monate erhöht. Mit strukturellen Veränderungen reduziert die Bundeswehr die Versetzungen insgesamt. Durch die Ausweitung von Dienstpostenbündelungen können Soldatinnen und Soldaten, aber auch Zivilbeschäftigte künftig beispielsweise bis zu drei Besoldungsstufen an einem Ort durchlaufen. So können zwischenzeitliche Versetzungen vermieden und ein Verbleib am Standort ermöglicht werden. Darüber hinaus wird die Anzahl an

Dienstposten, die sowohl mit Soldatinnen und Soldaten als auch mit zivilem Personal besetzt werden können, erhöht. Eine Reform der Ausbildung hat ebenso Auswirkungen auf die Versetzungshäufigkeit: Die Ausbildung soll weniger als bisher auf eine möglichst große Verwendungsbreite des Personals abzielen, sondern sich vielmehr an den Kompetenzen der Soldatinnen und Soldaten orientieren. Einen Überblick über Jobangebote in Wohnortnähe können sich die Angehörigen der Bundeswehr seit September 2015 über ein Dienstposteninformationsportal verschaffen.



VERDIENSTMÖGLICHKEITEN VERBESSERT

Eine wettbewerbsgerechte Gehaltsstruktur ist für die Bundeswehr heute wichtiger denn je, um qualifiziertes Personal gewinnen und dauerhaft binden zu können. Auch hier hat die Attraktivitätsagenda bis heute wesentliche Verbesserungen erzielt. So wurden die Erfahrungsstufen bei den Grundgehältern neu strukturiert. Ein 18-jähriger Soldat zum Beispiel, der zum 1. März 2016 seinen Dienst bei der Bundeswehr angetreten hat, erreicht die zweite Erfahrungsstufe und damit eine höhere Besoldung drei Jahre früher als zuvor. Außerdem wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Zulagen zum Teil deutlich erhöht. Zudem sind sechs neue Zulagen geschaffen worden. Für die Soldatinnen und Soldaten konnte ein Personalbindungszuschlag neben dem bereits existierenden Personalgewinnungszuschlag eingeführt werden. Darüber hinaus ist der Anwendungsbereich des Auslandsverwendungszuschlags erweitert worden, von dem nun mehr Angehörige der Bundeswehr profitieren.

HEIMATKONTAKT TROTZ AUSLANDSEINSATZ

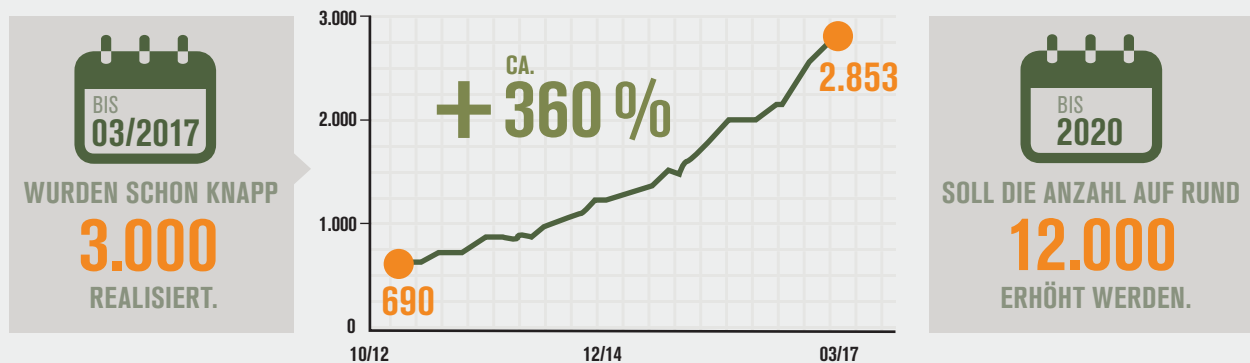
Dem Bedürfnis der Soldatinnen und Soldaten, auch während eines Einsatzes mit der Familie und Freunden in Kontakt zu bleiben, kommt die Bundeswehr im Übrigen bereits seit Juli 2015 entgegen: Aus den Einsatzgebieten können sie kostenfrei nach Hause kommunizieren. An Bord von Marineschiffen ist dies technisch noch nicht durchgehend realisiert, kostenfreie Kommunikation ist jedoch auch hier schon gewährleistet. Insgesamt profitierten hiervon bisher rund 29.500 Soldatinnen und Soldaten.

FLEXIBLER UND MOBILER ARBEITEN

Flexibilität und Arbeitsautonomie fördert die Bundeswehr durch neue Arbeitszeitmodelle; so gibt es zum Beispiel mehr Angebote für Teilzeitbeschäftigungen oder Langzeitarbeitskonten. Damit können Bundeswehrbeschäftigte bei höherer Arbeitsbelastung Zeitguthaben aufbauen und später – der persönlichen

Flexibles Arbeiten: Investitionen in Telearbeitsplätze

CA. **160 ANTRÄGE** AUF TELEARBEITSPLÄTZE WERDEN IM MONAT GENEHMIGT.



RUND **3.000 LAPTOPS**

WURDEN BIS ENDE 2015 IN 350 LAPTOP-POOLS VERTEILT.

CA. **5.000**

MOBILE ENDGERÄTE FÜR GESICHERTE KOMMUNIKATION

(CA. 3.700 SMARTPHONES + 1.300 TABLETS)

WURDEN BIS MITTE 2017 BESCHAFFT.

Lebenssituation angepasst und ohne finanzielle Einbußen – zum Beispiel für Kinderbetreuung, Pflege oder zur Weiterbildung nutzen. In vielen Bereichen der Bundeswehr ist Telearbeit möglich. Seit 2013 konnte zudem die Anzahl der genehmigten Telearbeitsplätze von rund 650 auf ca. 3.000 gesteigert werden; derzeit kommen monatlich im Durchschnitt 160 Telearbeitsplätze hinzu. Wegen der gestiegenen Nachfrage sollen bis 2020 die Telearbeitsplätze auf rund 12.000 ausgebaut werden.

Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglicht es, besser auf Öffnungszeiten von Kindergarten, Hort und Schule zu reagieren.

Aber auch Belastungen, die durch das Pendeln zwischen Wohnort und Dienstort entstehen, lassen sich durch Telearbeit verringern.

Ebenfalls hat die Bundeswehr bei der mobilen Kommunikation deutlich nachgebessert: Bis Mitte 2017 wird der Geschäftsbereich des BMVg mit ca. 5.000 neuen mobilen Endgeräten (ca. 3.700 Smartphones und 1.300 Tablets) für gesicherte mobile Sprach- und Datenkommunikation ausgestattet sein. Für außergewöhnliche familiäre Situationen, etwa wenn die Kinder krank sind, stellt die Bundeswehr rund 3.000 zusätzliche Laptops zur Verfügung.

MODERNE UNTERKÜNFTE ALS NEUER STANDARD

Mit der Agenda Attraktivität definiert die Bundeswehr auch das Leben und Wohnen der Soldatinnen und Soldaten in den Kasernen neu. Einzelunterkünfte werden neuer Standard sein; bis heute sind 33.000 von künftig 55.000 Einzelzimmern bereits eingerichtet. Die Ausstattung der Unterkünfte wird erweitert: Rund 25.500 Unterkünfte sind bereits zusätzlich mit Minikühlschrank, Garderobenspiegel, Stehlampe mit Leseleuchte und Fernseher ausgestattet worden. Bis Ende dieses Jahres werden insgesamt

38.500, bis Ende 2018 alle 55.000 Stuben ausgestattet sein. Für das Design einer neuen Möbelserie für alle Stuben wurde 2016 ein Ideenwettbewerb durchgeführt. Bevor die neuen Möbel in Serie gefertigt werden, findet eine Testphase in 50 Unterkünften an fünf Standorten statt; im Jahr 2018 soll die Auslieferung der Möbel beginnen. Die flächendeckende Bereitstellung von privat zu nutzenden Internetzugängen in mehr als 2.000 Unterkünften in rund 250 Liegenschaften wird voraussichtlich noch in diesem Jahr mit einer Testphase begonnen. In rund 120 Liegenschaften wurden die IT-Liegenschaftsnetze für die private Nutzung bereits vorbereitet, in rund 50 Kasernen sind Internetzugänge für die private Nutzung über lokale Lösungen bereits verfügbar. Dass die Modernisierungsmaßnahmen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern gut ankommen, zeigen regelmäßig durchgeführte interne Befragungen. Mit der erweiterten Ausstattung sind danach 91 Prozent der Interviewten zufrieden oder sehr zufrieden. Für die insgesamt rund

**BIS ENDE 2017
WERDEN INSGESAMT
38.500,
BIS ENDE 2018
55.000
STUBEN
AUSGESTATTET.**

**ERWEITERTE
AUSSTATTUNG:
FERNSEHER, KÜHLSCHRANK,
STEHLEUCHE, GARDEROBENSPIEGEL**

5.500 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen hat die Bundeswehr rund 135 Millionen Euro investiert und damit die Wohnsituation spürbar verbessert. Für 2017 sind 180 Millionen Euro für weitere grundlegende Sanierungen und Neubauten eingeplant, hinzu kommen jährlich bis zu 90 Millionen Euro für regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen.

FAMILIE UND BERUF VERBINDEN

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Vereinbarkeit von Dienst bzw. Beruf und Familie. Dies gestaltet sich besonders bei Soldatinnen und Soldaten durch häufige Versetzungen und Dienstzeiten jenseits von „9 to 5“ schwierig. Vor allem bei der Kinderbetreuung hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahren aufgeholt

und Angebote systematisch ausgebaut. Zurzeit unterstützt sie Angehörige der Bundeswehr an 35 Standorten mit insgesamt fast 800 Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und Tagespflegestellen direkt bei der Kinderbetreuung. Gegenüber 2013 hat sich damit die Anzahl mehr als verdoppelt und ergänzt somit die arbeitgeberunabhängig genutzten Betreuungsangebote. Um kurzfristige Betreuungsengpässe überbrücken zu können, hat die Bundeswehr zudem bundesweit 341 Eltern-Kind-Arbeitszimmer eingerichtet. Ein Pilotprojekt läuft derzeit in München, Flensburg, Osterholz-Scharmbeck, Hamburg und Mannheim, das Müttern und Vätern die Teilnahme an Fortbildungen erleichtert: Kinder von Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern werden hier vorübergehend betreut.

BUNDESWEHR: MODERNER ARBEITGEBER

Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Verbesserungen und Investitionen

799 KINDER-
BETREUUNGS-
PLÄTZE **BUNDESWEIT
INSGESAM**




MEHR ALS
75 %
ALLER
STANDORTE
HABEN EINEN
INFOPUNKT.

BIS ZUM JAHRESENDE 2016 WURDEN DIESE VON KNAPP
10.000 SOLDATINNEN UND
SOLDATEN ODER DEREN
ANGEHÖRIGEN GENUTZT.

SEIT JULI 2015 IST DIE
BETREUUNGSKOMMUNIKATION
IM AUSLANDSEINSATZ
KOSTENFREI.



HI VON
PROFITIERTEN
BISHER AUF SEE **4.500** UND
ZU LAND

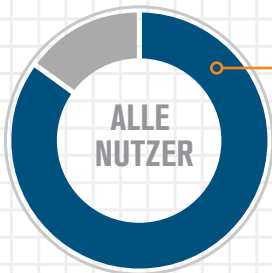
RUND **25.000** ANGEHÖRIGE DER
BUNDESWEHR.

Moderne Unterkünfte: Investitionen in Ausstattung

BUNDESWEITE AUSSTATTUNG VON

55.000

**UNTERKÜNFTE MIT DER
NEUEN MÖBELSERIE** BEGINNT
AB 2018.



91 %

DER ANGEHÖRIGEN DER BUNDESWEHR/
NUTZER SIND ZUFRIEDEN ODER SEHR ZUFRIEDEN.

WEITERE INFORMATIONEN ZU UNTERKÜNFTE PRO BUNDESLAND AUF

[BUNDESWEHR-GUT-GERUESTET.DE]





NEUE TALENTE

Flexibler, attraktiver, vielfältiger: Die neue Personalstrategie der Bundeswehr reagiert auf neue und wachsende Anforderungen an die Truppe und geänderte Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Nach einem Schrumpfungsprozess in den vergangenen 25 Jahren wird die Bundeswehr wieder wachsen und damit zukunftsfähig. Eine moderne Arbeitsumgebung, Ausbildung auf Top-Niveau und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Grundlage: Chancengerechtigkeit, erstklassige Entwicklungsmöglichkeiten für den Einzelnen und eine Kultur der Wertschätzung.

Mehr Aufgaben für die Bundeswehr bei gleichzeitigem Personal- und Fachkräftemangel haben ein Umdenken notwendig gemacht. Im Mai 2016 hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen deshalb einen Kurswechsel in der Personalpolitik angestoßen. Erstmals seit Ende des Kalten Krieges sollen die Streitkräfte wieder wachsen und die bislang starren personellen Obergrenzen für die Personalstärke entfallen. Stattdessen wird ein atmender Personalkörper flexibel an den tatsächlichen Aufgaben der Truppe und damit am realen Bedarf ausgerichtet. Im Februar dieses Jahres hat das Personalboard seine zweite Planung vorgelegt: Demnach soll die Truppenstärke bis 2024 um rund 12.000 Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten, ca. 1.000 Reservistendienst Leistende sowie rund 5.000 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wachsen. Angestrebt

wird eine Personalstärke von insgesamt rund 198.000 Soldatinnen und Soldaten und 61.400 Haushaltsstellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im zivilen Bereich.

2016: WENDE ZUM WACHSTUM

Die Bundeswehr soll wachsen: Rund 2.800 zivile und über 4.800 militärische Dienstposten zusätzlich wurden eingerichtet. Beim tatsächlichen Personalbestand, der Mitte 2016 seinen Tiefpunkt erreicht hatte, steigen aktuell die Zahlen wieder. Ende Dezember 2016 lag die Zahl der Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten mit ca. 168.300 bereits wieder über dem Stand von Ende 2015, Tendenz weiter steigend. Insgesamt gelang der Bundeswehr ein Anstieg von rund 10 Prozent bei den Einstellungszusagen im Bereich der Soldatinnen und Soldaten über alle Laufbahnen. Auch bei den schwer zu gewinnenden IT-Feldwebeln konnte eine Steigerung um ca. 70 Prozent bei den Einstellungszusagen erreicht werden. Bei den Feldwebeln im Gesundheitssektor lag die Steigerung bei ca. 20 Prozent im Vergleich zu 2015.

BIS HEUTE KONNTEN RUND

2.800 ZIVILE & 4.800 MILITÄRISCHE

Dienstposten neu eingerichtet werden.

PERSONALSTRATEGIE: FACHKRÄFTEMANGEL AKTIV ANGEHEN

Ein attraktiver Arbeitgeber sein, um im Wettbewerb um den Nachwuchs bestehen und eigene Ressourcen ausbauen zu können, ist das systematische Ziel der Personalstrategie. Dazu wurde ein Bündel an Zukunftsthemen identifiziert, um das Personalmanagement der Bundeswehr fit für die Zukunft zu machen und den gestiegenen Ansprüchen an einen wettbewerbsfähigen Arbeitgeber gerecht zu werden. Damit führt die Bundeswehr auch die 2014 begonnene und breit angelegte Offensive Agenda Attraktivität konsequent fort. Mit über 30 Maßnahmen, die keine gesetzliche Regelung erforderten, sowie 25 Maßnahmen des 2015 verabschiedeten „Gesetzes zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ wurde bereits Enormes erreicht. Bessere Karriereplanung, flexiblere Arbeitszeiten und Angebote für die Kinderbetreuung sind nur einige Beispiele des Programms für mehr Familienfreundlichkeit. Mit verbesserten Aus- und Fortbildungsangeboten oder einem leichteren Wechsel zwischen zivilen und militärischen Laufbahnen sollen die Potenziale des Binnenarbeitsmarktes der Bundeswehr besser ausgeschöpft und genutzt werden. Die Chancengleichheit für Frauen und Männer stellt dabei ein wichtiges Ziel dar. Derzeit dienen knapp 20.300 Soldatinnen bei der Bundeswehr, dies macht rund 11 Prozent bei den Streitkräften aus. Mittelfristig soll der Frauenanteil in einem ersten Schritt im Truppendienst 15 Prozent erreichen; im Sanitätsdienst sind 50 Prozent angestrebt. Ein Frauenanteil von 50 Prozent ist auch im zivilen Bereich Ziel. Derzeit sind in der Bundeswehr rund 31.000 Frauen im zivilen Bereich beschäftigt; dies entspricht einem Anteil von 36,5 Prozent. Auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen nimmt zu: Da Frauen erst seit 2001 alle Berufsmöglichkeiten in der Bundeswehr ergreifen können, sind im BMVg zwar zurzeit nur

0,8 Prozent der militärischen Leitungsfunktionen (Besoldungsgruppen A 16/B 3–B 11 Bundesbesoldungsgesetz [BBesG]) mit Frauen besetzt, während im zivilen Bereich der entsprechende Anteil schon 29,1 Prozent beträgt. In der Bundeswehr selbst sind 0,9 Prozent der militärischen und 13,4 Prozent der zivilen Leitungsfunktionen der Besoldungsgruppen B 3–B 9 (BBesG) mit Frauen besetzt. Insgesamt soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen über alle Statusgruppen hinweg weiter steigen.

Darüber hinaus möchte sich die Bundeswehr weiter für neue Zielgruppen öffnen – zum Beispiel für Seiteneinsteigerinnen und -einstiege, ungediente IT-Spezialistinnen und -Spezialisten oder auch für Menschen über 30 Jahre im Rahmen militärischer Laufbahnen.

EXTERNE EXPERTEN IN DER RESERVE

Für einen flexiblen Personalkörper bleibt die Reserve auch in Zukunft unverzichtbar. Beim Aufbau der Cyber-Community plant die Bundeswehr von Beginn an die Beteiligung von Experten über die Reserve ein. Vor diesem Hintergrund sieht die Personalstrategie vor, den Reservistendienst

attraktiver zu gestalten; die Maßnahmen reichen von finanziellen Anreizen über Teilzeitmodelle bis zu Überlegungen, wie Arbeitgeber für die temporäre Freistellung von Angestellten honoriert werden können. Das Personalmanagement beordeter Reservistinnen und Reservisten wird ab 2020 mit einem eigenen Konzept zur Personalentwicklung unterlegt werden.

Die vorübergehende Einbindung von zivilem Sachverstand will die Bundeswehr künftig auch über Kooperationen ermöglichen. Potenzielle Partner für einen entsprechenden Austausch von Personal sind eigene Beteiligungsgesellschaften, andere Ressorts oder Institutionen der öffentlichen Hand.



Auch werden verstärkt Rahmenverträge für Unterstützungsleistungen mit externen Unternehmen genutzt.

KULTURWANDEL ALS FUNDAMENT

Den Personalbedarf des „Großunternehmens“ Bundeswehr zu decken ist die große Herausforderung der Personalpolitik. Voraussetzung dafür ist ein grundlegender Wandel hin zu mehr Flexibilität und Offenheit,

auch bei der Führungs- und Organisationskultur. Dies bedeutet: Die Bundeswehr begreift die Vielfalt ihrer Beschäftigten – ungeachtet des Geschlechtes, des Alters, einer Behinderung, der ethnischen oder kulturellen Herkunft, der Religion oder der sexuellen Orientierung und Identität – als Chance. Das neue Stabselement Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion im Verteidigungsministerium treibt diese Themenbereiche zielgerichtet voran.

BUNDESWEHR: AUF WACHSTUMSKURS

Personalplanung: neue Dienstposten

IN DEN NÄCHSTEN **7** JAHREN:
ÜBER 18.000 ZUSÄTZLICHE
NEUE
DIENTSTPOSTEN
 (militärisch und zivil)

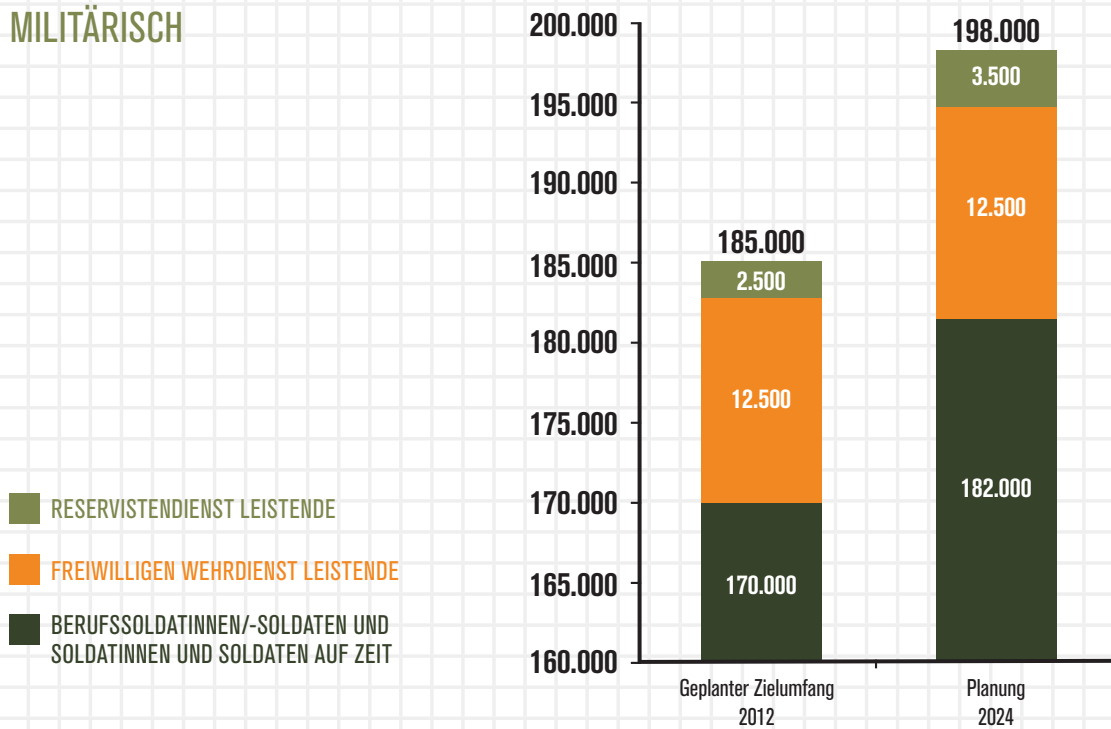
601 
NEUE DIENTSTPOSTEN
 IN DER MANGELRESSOURCE BRANDSCHUTZ



Personalentwicklung: Planung und Aufwuchs

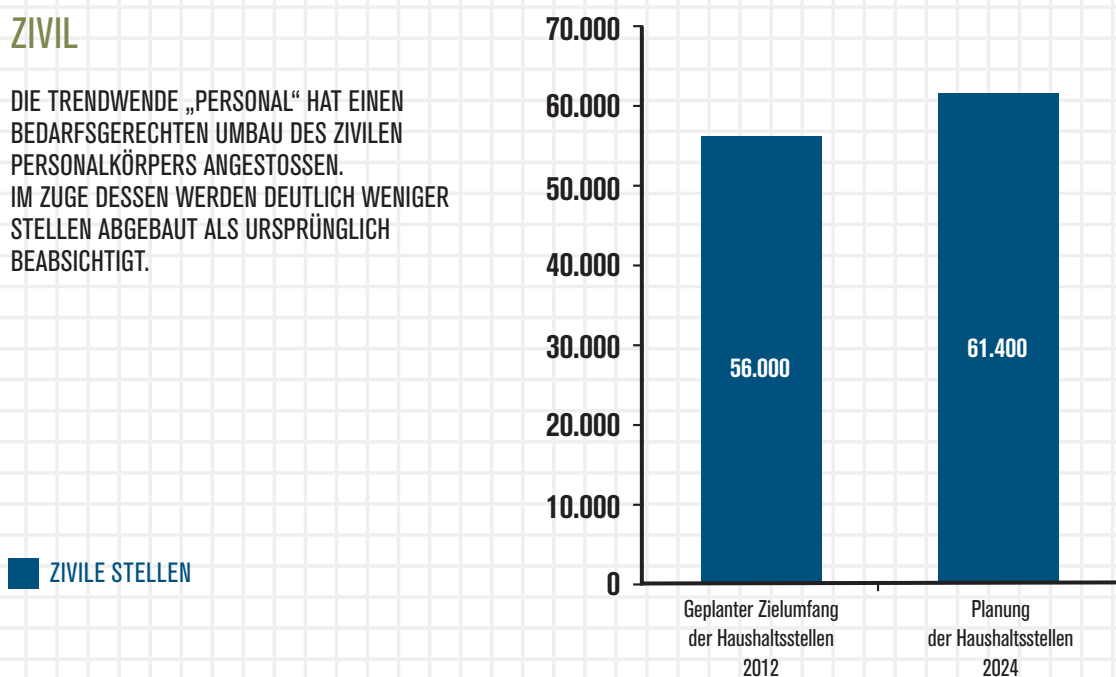
WOHIN BRINGT UNS DIE TRENDWENDE 2024 (PROGNOSE)?

MILITÄRISCH



ZIVIL

DIE TRENDWENDE „PERSONAL“ HAT EINEN BEDARFSGERECHTEN UMBAU DES ZIVILEN PERSONALKÖRPERS ANGESTOSSEN. IM ZUGE DESSEN WERDEN DEUTLICH WENIGER STELLEN ABGEBAUT ALS URSPRÜNGLICH BEABSICHTIGT.



Arbeitgeberattraktivität: Bundeswehr wird immer interessanter für Frauen

IMMER MEHR FRAUEN WOLLEN AUCH BEI DER BUNDESWEHR KARRIERE MACHEN:

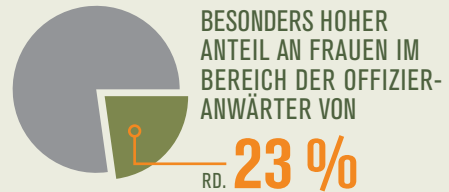
HIER KONNTEN DIE BEWERBUNGEN FÜR VERWENDUNGEN ALS SOLDATIN VON

CA. **8.300** IM JAHR 2013 AUF

CA. **10.200** IM JAHR 2016 GESTEIGERT WERDEN!

STEIGERUNG DER EINSTELLUNGSZUSAGEN BEI FRAUEN UM

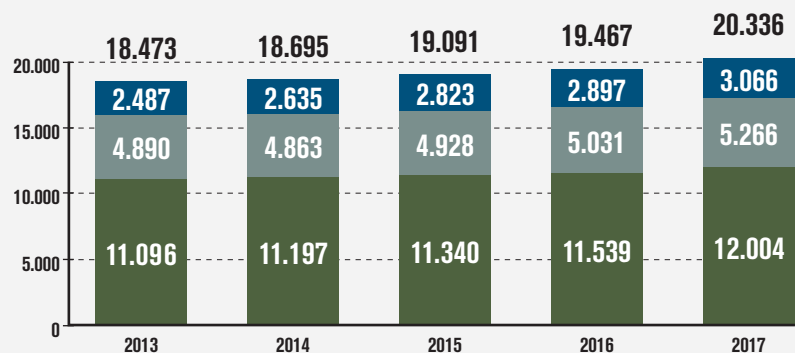
21 % VON RD. 2.900 AUF RD. 3.500 SAZ* UND FWDL**



Stand: Ende 2016

ENTWICKLUNG SOLDATINNEN

- MARINEUNIFORM
- LUFTWAFFENUNIFORM
- HEERESUNIFORM



* SAZ: Soldatinnen und Soldaten auf Zeit. ** FWDL: Freiwilligen Wehrdienst Leistende.



Arbeitgeberattraktivität: steigende Bewerberzahlen

ANZAHL DER BEWERBUNGEN STEIGT UM **3 %** AUF **RD. 58.400** (SAZ* UND FWDL**) IM JAHR 2016

HOHER BILDUNGSSTAND BEI DEN FWDL**: CA. **80 %** MIT ABITUR, FACHHOCHSCHULREIFE ODER MITTLERER REIFE UND CA. **16 %** MIT BERUFSABSCHLUSS

BEWERBUNGEN SAZ*

	GESAMT	DAVON FRAUEN
2013	39.900	6.300
2014	40.900	6.800
2015	40.500	7.000
2016	42.900	7.600

BEWERBUNGEN FWDL**

	GESAMT	DAVON FRAUEN
2013	18.500	2.000
2014	18.200	2.300
2015	16.300	2.300
2016	15.500	2.600

BEWERBUNGEN BEAMTINNEN UND BEAMTE

	GESAMT	DAVON FRAUEN
2013	11.000	3.580
2014	18.000	5.370
2015	22.700	8.590
2016	22.900	8.820

Stand: Ende 2016

NEUE MÖGLICHKEITEN

2016 stellte der Bundestag die Weichen für die Trendwende „Material“: Nach Jahren stagnierender und rückläufiger Verteidigungsetats hat die Bundeswehr wieder mehr Geld. Und kann damit in die dringend erforderliche Modernisierung von Ausrüstung und Infrastruktur der Truppe, aber auch verstärkt in europäische Verteidigungskooperationen investieren. Ein modernes Risikomanagement und internationale Rüstungskooperationen sorgen für Kontrolle und mehr Effizienz.

Im vergangenen Jahr stieg der Verteidigungsetat wieder deutlich an. 2016 betrug der Etat 35,1 Milliarden Euro, in diesem Jahr erhöhte er sich weiter um ca. 2 Milliarden Euro auf rund 37 Milliarden Euro. Und: Mit dem im März vorgestellten Eckwertebeschluss für den Bundeshaushalt 2018 wird der Weg konsequent fortgesetzt. Demnach soll der Wehretat 2018 auf rund 38,5 Milliarden Euro steigen und nach dem aktuellen Eckwertebeschluss bis 2021 weiter auf rund 42 Milliarden Euro erhöht werden. Mit der Erhöhung wird der Weg in Richtung des 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossenen politischen Ziels von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts schrittweise fortgesetzt.

STEIGERUNG DES VERTEIDIGUNGSETATS VON

35,1 MRD. EURO IM JAHR 2016 **AUF**

RUND 37 MRD. EURO IM JAHR 2017

PLANUNG FÜR 2018

RUND 38,5 MRD. EURO

PLANUNG FÜR 2021

RUND 42 MRD. EURO

Wichtiger Indikator für die Trendwenden „Finanzen“ und „Material“ ist die Entwicklung der Rüstungsinvestitionen im Jahr 2017. Die Finanzmittel für Rüstungsbeschaffungen sowie investive Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Erprobung stiegen. Der rüstungsinvestive Anteil des Verteidigungsbudgets beträgt 2017 rund 6 Milliarden Euro. Bei der Verwendung der Mittel fährt die Bundeswehr zweigleisig: Zunächst wird sie hohle Strukturen bei Waffensystemen und Ausrüstung auffüllen sowie in den Erhalt von Fähigkeiten investieren und zunehmend

parallel neue Fähigkeiten – etwa eine verschlüsselte taktische Funkkommunikation oder die Cyberabwehr – aufbauen. Neue Investitionen kommen sowohl einer Stärkung der europäischen militärischen Zusammenarbeit wie auch den Friedenseinsätzen für die VN zugute.

BESCHAFFUNGS- UND MODERNISIERUNGSSTAU LÖST SICH AUF

Von neuen Schutzwesten bis zum Hubschrauber – vor allem der Blick auf die tatsächlichen Ausgaben und Auslieferungen verrät deutlich: Die Trendwende ist eingeleitet, bei der Truppe kommt wieder neue Ausrüstung an. In der vergangenen Legislaturperiode konnten Transportflugzeuge vom Typ A400M, Eurofighter, Hubschrauber vom Typ NH90 und Unterstützungshubschrauber Tiger sowie Schützenpanzer vom Typ PUMA und zahlreiche weitere Ausrüstungsgegenstände an die Streitkräfte übergeben werden.

Der Beschaffungsstau der vergangenen Jahre löst sich auf – abzulesen auch an der deutlich gestiegenen Zahl der 25-Millionen-Euro-Vorlagen. Bevor das Bundesverteidigungsministerium Einzelverträge unterschreibt, die 25 Millionen Euro oder mehr betragen, muss der Haushaltsausschuss des Bundestages gesondert zustimmen. Vom Jahr 2014 bis Ende März 2017 wurden insgesamt 47 Vorlagen bewilligt, noch in der 17. Legislaturperiode waren es insgesamt 32. Damit hat der Haushaltsausschuss in dieser Legislaturperiode einem Gesamtvolumen von rund 16 Milliarden Euro grünes Licht erteilt (Volumen in der letzten Legislaturperiode: knapp 6 Milliarden Euro). Bis zum Ende der Legislaturperiode ist eine zweistellige Zahl weiterer Vorlagen vorgesehen.

KOSTEN UND RISIKEN SYSTEMATISCH MINIMIEREN

Mehr Planungssicherheit für komplexe Rüstungsprojekte, mehr Kostenkontrolle: In den vergangenen Jahren hat die Bundeswehr die Rüstungsbeschaffung von Grund auf neu organisiert, den gesamten Prozess in Vertrags- und Berichtswesen sowie in modernes Risikomanagement unterteilt. So werden Risiken, die ansonsten zulasten der Steuerkasse gehen, bei langfristigen Projekten reduziert. Bei Kaufverträgen beispielsweise soll nicht mehr die Bundeswehr das gesamte Risiko tragen; vielmehr werden die Auftragnehmer deutlich stärker in die Verantwortung genommen.

66 RÜSTUNGS-PROJEKTE

IM AKTIVEN RISIKOMANAGEMENT VERANKERT
(STAND APRIL 2017)

ENTSPRICHT EINEM VOLUMEN VON 75 MRD. EURO.

Mit Stand April 2017 hat die Bundeswehr insgesamt 66 Rüstungsprojekte in das neue Risikomanagement überführt. Damit werden mit einem Gesamtvolumen von 75 Milliarden Euro über zwei Drittel aller laufenden Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte systematisch überwacht, um etwa bei Verzögerungen schnell und gezielt reagieren zu können.

MULTINATIONALE RÜSTUNGS-KOOPERATIONEN

Zahlreiche internationale und multinationale Rüstungsk Kooperationen mit europäischen Partnerstaaten erhöhen die spätere Interoperabilität zwischen den beteiligten Streitkräften und bieten vielfältige Vorteile. Ein Beispiel: Im Februar dieses Jahres haben Deutschland und Norwegen beschlossen, ihre bilaterale Kooperation auszubauen und gemeinsam U-Boote und Lenkflugkörper für die Marine zu beschaffen. Hintergrund: Da der Modernisierungs- und Ausrüstungsbedarf der Marinen beider Länder ähnlich ist, können Synergien bei Forschung und Entwicklung, Einkauf, Logistik und Instandsetzung sowie bei der Ausbildung genutzt werden.

LANGFRISTIGE PROGNOSE

Bis zum Ende der kommenden Dekade, so die Prognose des Verteidigungsministeriums, besteht ein zusätzlicher Bedarf an Rüstungsinvestitionen in Höhe von rund 130 Milliarden Euro. Mit mehr als 1.500 konkreten Projekten sollen dabei hohle Strukturen aufgefüllt werden, zum Beispiel moderne Helme und Schutzwesten angeschafft, Material wie veraltete Fahrzeuge ersetzt und in neue Fähigkeiten investiert werden, etwa in die Mobile Taktische Kommunikation. Andere wichtige Beschaffungen erfolgen bei Panzern, Hubschraubern und bei der Flugabwehr. Zentrales Element der Trendwende „Material“: Die Bundeswehr soll wieder eine Ausstattung bekommen, die ihren wachsenden Aufgaben auch im Rahmen der EU und der Vereinten Nationen entspricht. Dafür wurden die bislang für die Hauptwaffensysteme geltenden starren Obergrenzen aufgehoben.

RÜSTUNGsinVESTITIONEN

STEIGEN 2017 AUF
6 MRD. EURO.

+11 % IM VERGLEICH ZU 2016.



BUNDESWEHR: HOCHTECHNISIERTE TRUPPE

ENDE DES ENTSCHEIDUNGSSTAUS

47

25-MILLIONEN-EURO VORLAGEN BIS SOMMER 2017 BEWILLIGT; DAS ENTSpricht EINEM GESAMTVOLUMEN VON RUND 16 MRD. EURO.

UM IHRE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN ZU KÖNNEN, BRAUCHT DIE BUNDESWEHR MODERNE AUSTRÜSTUNG. DIE TRENDWENDE IST EINGELEITET, NEUES MATERIAL UND GERÄT KOMMT BEI DER TRUPPE AN, WIE DER RÜSTUNGSBERICHT 2017 ZEIGT:

Projekte (Auswahl), die vollständig bzw. zum größten Teil in den Streitkräften zugelaufen sind

2

U-BOOTE
212A,
2. LOS



10

VON INSGESAMT
15 LEICHTEN MEHR-
ZWECKHUBSCHRAU-
BERN H145M LUH
SOF (LIGHT UTILITY
HELICOPTER SPECIAL
OPERATION FORCES)



16

WAFFENANLAGEN
DES PANZERABWEHR-
SYSTEMS MELS
(MEHRROLLENFÄHIGES
LEICHTES LENKFLUG-
KÖRPERSYSTEM)



176



GESCHÜTZTE FÜHRUNGS-
UND FUNKTIONSFahrzeuge,
KLASSE 2, EAGLE V

272



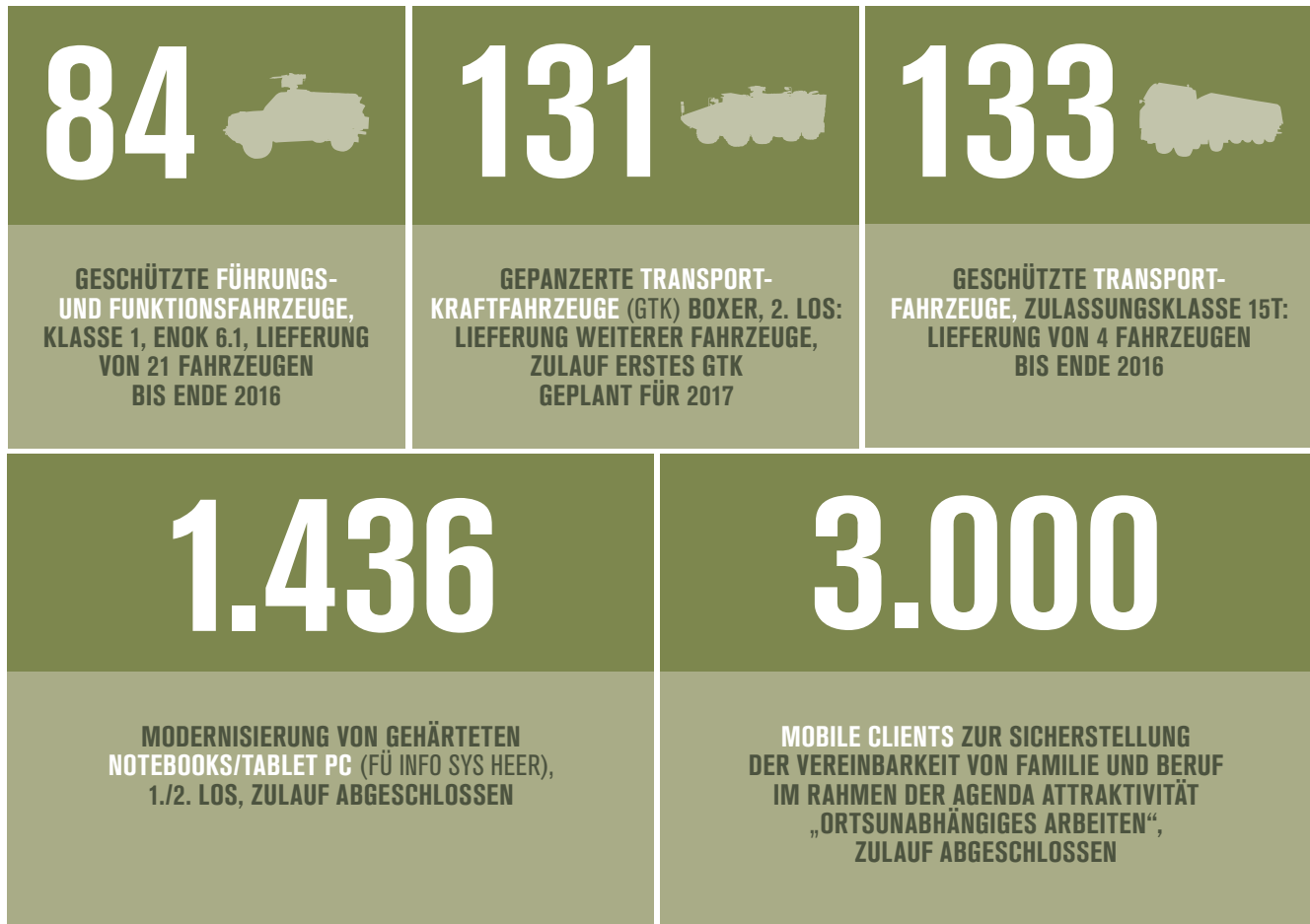
GEpanzerte TRANSPORT-
KRAFTfahrzeuge BOXER, 1. LOS
(ENTWICKLUNG UND BESCHAFFUNG)

1.471



LENKFLUGKÖRPER FÜR MELS

Realisierte Projekte ab Beginn der 18. Legislaturperiode (Auswahl), welche bis zu deren Ende vollständig bzw. zum Teil zugelaufen/umgesetzt sein werden



Zulauf während der 18. Legislaturperiode bei ausgewählten Projekten



IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesministerium der Verteidigung
Presse- und Informationsstab
Jens Flosdorff (V. i. S. d. P.)
Stauffenbergstraße 18
10785 Berlin

Kontakt:

Bundesministerium der Verteidigung
Presse- und Informationsstab
Beauftragter für die Kommunikation der
Arbeitgebermarke Bundeswehr
Stauffenbergstraße 18
10785 Berlin

Telefon: 030 182400

E-Mail: imvisier@bmvg.bund.de

Bildnachweis: BMVg und Bundeswehr,
Getty Images LightRocket

Konzeption/Gestaltung: Castenow, Düsseldorf

Druck: Bonifatius, Paderborn

Stand: Juni 2017

Weitere Informationen im Internet unter
bundeswehr-gut-geruestet.de

Diese Publikation ist Teil der Informationsarbeit
des Bundesministeriums der Verteidigung.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht
zum Verkauf bestimmt.



Bundeswehr